

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 1

Artikel: Eine schweizerische Akademie?
Autor: Bühner, Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-331781>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nun aber kommen wir zur Rechnung! Wer soll diese Maßnahmen zahlen? Das sollen natürlich die Bürger im Staat, und zwar wurde es so geregelt, daß ein Teil der Kosten durch direkte Steuern, ein zweiter Teil durch indirekte Steuern gedeckt wird. Man könnte es so aufstellen, daß zwei Fünftel der Steuerlasten auf die direkten und der Rest auf die indirekten Steuern entfallen, ein Verhältnis, das man von seiten der Sozialdemokratie lieber umgekehrt gesehen hätte, was aber nicht zu erreichen war.

Die Landwirtschaftskommission arbeitet momentan mit Plänen betreffend eine Weiterführung der Fleisch- und Butterregelung. Außerdem beschäftigt sich die Kommission mit der Schuldenfrage in der Landwirtschaft und erwägt, ob es möglich sei, den Grundsatz, auf welchem das Gesetz betreffend Zinsleistungen der Staatshäusler basiert, auf die Privatgläubiger zu übertragen, so daß die Zinsleistung an das Privatkapital auch nach den Konjunkturen erfolgen kann.

Die Politik der Zukunft muß darauf abzielen, dem Kapital den Stuhl vor die Türe zu setzen und seine Ausbeute möglichst zu begrenzen.

Unsere Partei hier im Lande hat ihre Position mittels der durchgeführten Krisenpolitik erheblich befestigt. Realitäten sind geschaffen. Die Zahl der Arbeitslosen ist weit niedriger als im Vorjahre um dieselbe Zeit, und etwa 130,000 erwerbslose Arbeiter haben durch die Krisenpolitik Beschäftigung gefunden.

Wenn alle Maßregeln in Betracht gezogen werden, vielleicht nicht zum mindesten die errichtete Devisenzentrale, welche unsere Einfuhr völlig beherrscht, wird man verstehen, daß alles dazu beigetragen hat, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse jedenfalls erträglich zu gestalten.

Es hat sich auch herausgestellt, daß die dänischen Arbeiter nicht in nennenswerter Zahl sich um die Kommunisten scharen. Die dänische Arbeiterschaft hat Sinn für Realitäten, und nur ein kleiner Teil huldigt den Phrasenhelden. Die dänischen Arbeiter wollen nicht auf die Bahn der Experimente hinaus. Ihnen scheinen die Errungenschaften zu wertvoll.

Dänemark bleibt bei der Demokratie, bei der Volksherrschaft und der Freiheit. Gerade durch diese Faktoren führt der Weg zum Sozialismus. So beurteilt der dänische Arbeiter die herrschenden Verhältnisse.

Eine schweizerische Akademie?

Von Jakob Bühner.

Aus Genossenkreisen wurde ich aufgefordert, zu dem Vorschlag von Professor Faesi, eine schweizerische Akademie zu gründen, Stellung zu nehmen. Ohne diese Aufforderung hätte ich das wohl unterlassen. Es sei vorausgeschickt, daß es sich bei dem Nachfolgenden um meine rein persönliche Ansicht handelt.

Der Vorschlag ist meines Erachtens in verschiedener Hinsicht verdienstlich, und zwar vor allem nach der negativen Seite hin. Er gibt

der längst empfundenen und vielfach (neben vielen andern auch von mir) verfochtenen Ansicht Ausdruck, daß die heutige Universität ihre Aufgabe nicht oder ungenügend erfüllt. Erfreulich, daß nun auch ein schweizerischer Universitätslehrer dieses Bekenntnis ablegt; er sagt, daß die Universität immer mehr eine Sammlung von Fachschulen geworden sei, daß aber über dem die eigentliche Bildungsanstalt im höchsten Sinne des Wortes (nach Nietzsche) nicht gewonnen habe. Wir sind nun aber sofort mitten in der Wirrnis von Faesis Vorschlag, wenn er uns sagt, daß er mit seiner Akademie (eine Vereinigung der hundert bedeutendsten Köpfe des Landes) diesem Mangel begegnen wolle. Es ist nicht einzusehen, wie diese Institution die Universität in die ersehnte Hochschule des Geistes umwandeln kann. Dennoch wäre es verkehrt, den Vorschlag Faesis rundweg unter den Tisch zu wischen. Wir müssen uns nur über eines von vornherein klar sein: Der Vorschlag Faesis steht natürlich, wie er selber, auf der bürgerlichen Weltanschauung. Die heutigen Hochschulen sind ihrem ganzen Charakter nach bürgerliche Einrichtungen, mit ihren Vorteilen und Nachteilen. Genau so, wie die Sozialdemokraten in den Gemeinden, in denen sie die Mehrheit haben, keine sozialistische Politik treiben können, sondern versuchen müssen, innerhalb des bürgerlichen Staates jenes Höchstmaß von sozialer Fürsorge, das der bürgerliche Staat erlaubt, zu betreiben, so können wir auch den Universitäten gegenüber nur eine Politik verfolgen, die sozialistische Tendenzen vertritt.

Halten wir also vorerst fest, daß Faesis Akademie der hundert hervorragendsten Schweizer im engsten Kontakt mit den schweizerischen Universitäten stehen soll und daß diese Universitäten die obersten Lehrinstitute des bürgerlichen Staates sind, halten wir ferner fest, daß Faesi von dieser Akademie eine Stärkung, ja die Rettung des schweizerischen Staats- und Nationalgedankens erhofft, den er außerordentlich gefährdet sieht. Vermerken wir auch noch, daß Faesi in der »Erneuerungsbewegung«, also der Frontenbewegung, sehr positive Momente erblickt. Nach allem dürfte klar sein, daß diese Akademie eine Institution des bestehenden bürgerlichen Staates zu sein hätte. Wir könnten also den Schluß ziehen, somit haben wir, die wir diesen bürgerlichen Staat überwinden und in einen Volksstaat umwandeln wollen, damit nichts zu tun. Aber das wäre verkehrt. In jeder Demokratie fällt der Opposition unter allen Umständen eine Mitverantwortung an den bestehenden Verhältnissen zu; von der Schärfe und Richtigkeit ihrer Kritik werden diese Umstände mitbestimmt.

Wir haben uns also mit dem Vorschlag Faesis auseinanderzusetzen und eventuell unsere Gegenvorschläge vorzubringen.

Da unterstreichen wir denn in erster Linie Faesis Aussetzungen an den bestehenden Universitäten. Wir stellen über ihn hinausgehend fest, daß unsere Hochschulen, so wie sie unter dem bürgerlichen Staat sich entwickelt haben, überhaupt keine Bildungsstätten im Sinne der »Universitas« sind, sondern Berufsschulen, Schulen, die vorbereiten für den Broterwerb, und zwar sind diese Berufsschulen dem Arbeiter-

und Bauernstand so ziemlich verschlossen. (Nach einer Statistik der Universität Basel stammt kaum ein Prozent der dort promovierten Aerzte aus Arbeiterfamilien!) Es ist nicht vom Uebel, sagen wir, daß unsere Universitäten Berufsschulen sind, daß sie auf den Broterwerb vorbereiten, nur soll man das offen zugeben. Man soll nicht den Schein erwecken, als ob die Hochschulen dazu da seien, um jene höchste Mission zu erfüllen, dem Volke die Grundlagen für eine wahrhaft umfassende Weltanschauung zu geben. Vom Uebel aber ist, und eine vor der Zukunft nicht zu verantwortende Ungeheuerlichkeit, daß die Hochschulen dem minderbemittelten Volke, dem Nachkommen des Arbeiters und des Bauern verschlossen sind. Die wenigen Stipendiaten sind nur die Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Vom Uebel ist ferner, daß der bürgerliche Staat die Hochschulen vollständig dem Nutzzweck, dem Brotstudium, auslieferte. Nach zwei Seiten hin: er hat den freien Forscher ausgeschaltet. Er zwingt den Gelehrten und Forscher Lehrer zu sein. Er bezahlt ihn als Dozenten und nicht als Forscher. Der bürgerliche Staat hat keine *eigentlichen* Forschungsinstitute geschaffen, oder dann und bezeichnenderweise nur, wenn sie in Verbindung mit der Wirtschaft standen. Er hat aber auch die Universität als Stätte der *Gesamtbildung* aufgehoben und damit den übelsten Eingriff in das geistige Leben vollzogen. Er hat die Wissenschaft um der geistigen Entwicklung willen abgeschafft und ihr nur den Nutzzweck gelassen.

Es liegt auf der Hand, daß der *soziale* Staat die bürgerliche Universität ablehnt. Der soziale Staat wird an ihrer Stelle schaffen: erstens Forschungsinstitute, die ausschließlich der Forschung zu dienen haben, zweitens Lehrinstitute für gelehrte Berufe, drittens Fortbildungsinstitute für die Gesamtheit. Die Aufgabe der beiden ersten Institute ist klar; es ist selbstverständlich, daß zu den gelehrten Berufen jeder und jede Befähigte zugelassen werden muß und materielle Gründe keine Hemmnisse bieten dürfen. Die Fortbildungsinstitute stehen allen Volksgliedern offen. Sie bauen auf auf dem Grundsatz, daß im sozialen Staat jeder und jede bis an sein Lebensende Student ist, daß er nicht nach Austritt aus der Schule, sondern erst mit dem Tode aufhört, zu lernen. Also das Privilegium der Wissenschaft ist aufgehoben. Es ist tiefste Menschenpflicht, seinen Geist so hoch wie nur irgend möglich zu züchten. Hier liegen die eigentlichsten und letzten Gegensätze zur bürgerlichen Auffassung der Universitäten, wie sie auch Professor Faesi vertritt, und wenn er Rousseau und Pestalozzi zitiert, so übersieht er dabei, wie diese beiden im Grunde auch Nietzsche dieser *unserer* Auffassung von der Aufgabe der Wissenschaft anhängen.

Indessen müssen wir uns auch darüber klar sein, wie sehr Faesis Vorschlag in seiner parteipolitischen Einstellung verwurzelt ist. Dabei würde es mich nicht wundern, wenn mir Professor Faesi in aller Ehrlichkeit erklärte, er sei parteipolitisch überhaupt nicht gebunden. Denn just das ist das Charakteristikum vieler unserer Gelehrten, Schriftsteller und Künstler, daß sie der Meinung leben, sie stünden

über den Parteien, während sie bis über den Scheitel in der überlieferten bürgerlichen Weltanschauung stecken. Nur so ist zu erklären, daß Faesis Feder der Satz entfließt: wir könnten an der bestehenden wirtschaftlichen Notlage nichts ändern, um so mehr sei es geboten, die Rettung auf geistigem Gebiete zu suchen.

Hier offenbart sich — Kollege Faesi möge mir den Ausdruck verzeihen — der geistige Dilettantismus seines Vorschlages. Er will mit seiner Akademie eine nationale Rettungsinstitution gründen. Ein Haus brennt, und Faesi alarmiert die Wasserpolizei. Er und mit ihm andere gelehrte Herren, die beglückt sind über die »nationale Erhebung des Bürgertums«, halten dafür, es gehe dermalen in der Welt um eine »Wandlung der Gesinnung«. Sie lassen sich von einer Hitlerbewegung ins Bockshorn jagen. Aber in Tat und Wahrheit geht es um die Wirtschaft und um nichts anderes, und die patriotische Erhebung des Bürgertums hat sehr, sehr materielle Hintergründe. Inzwischen ist ihm freilich aufgegangen, daß zur Rettung mehr nötig ist als die Barbarei des deutschen Nationalsozialismus. Wohl geht es um eine »Wandlung der Gesinnung«, aber um die Gesinnung in der Wirtschaft und über die Wirtschaft. Das Problem, vor dem die Welt steht und die Schweiz steht, ist heute in erster und letzter Linie ein wirtschaftliches. Wenn man als Akademiker erklärt, wir können an der wirtschaftlichen Not nichts ändern, dann erklärt man damit: die Schweiz geht zugrunde.

Nichts dürfte blitzartiger beleuchten, wie wenig unsere Universitäten imstande waren, die »Weltweisheit«, oder sagen wir die primitivste Erkenntnis über das menschliche Dasein zu vermitteln als der Ausspruch eines so eifrig um sein Land bemühten Gelehrten: wir können nichts an der wirtschaftlichen Notlage ändern! Aber die Rettung kann auf geistigem Gebiet kommen. Hier äußert sich jener katastrophale Mangel an Erkenntnis der Entwicklungsgesetze. Das ist die bürgerliche Einstellung: man übersieht, daß die Welt sich mitten in einem Umwandlungsprozeß befindet, der ungleich gewaltiger und umfassender ist als der Umwandlungsprozeß, der sich bei der Ueberwindung des Feudalismus abspielte. Damals handelte es sich darum, das Handwerk, die primitive Arbeitsteilung und die mit ihr verbundenen neuen Besitzformen in den menschlichen Haushalt einzuordnen. Heute handelt es sich darum, die Maschine und die durch sie bedingten Besitzformen in den Haushalt einzugliedern. Es handelt sich also restlos um wirtschaftliche Dinge, und die Lösung dieses unendlich schwierigen Problems, die Unterordnung der Wirtschaft unter die Gemeinschaft, kann nur erreicht werden, wenn das Problem geistig völlig erfaßt und verstanden wird. Darum kann die »Rettung« nicht anders kommen als dadurch, daß man sich bemüht, die Probleme zu erfassen und sie geistig zu beherrschen. Man muß also, um ganz deutlich zu sein, die Wirtschaft ändern, und unter gar keinen Umständen darf man erklären: wir können an ihrer Notlage nichts ändern.

Denn just dadurch offenbart sich doch Faesis Vorschlag als Totgeburt. Er hat — sehr unglücklich — in seinem Artikel wiederholt auf die Helvetische Gesellschaft verwiesen, die einigermassen die Aufgabe

der von ihm vorgeschlagenen Akademie erfüllt habe. Jene Gesellschaft hatte gewisse Verdienste, aber sie ist sehr rasch zu einem Debattierklub geworden. Noch näher liegt das Beispiel der *Neuen Helvetischen Gesellschaft*. Die hatte nach Ausbruch des Krieges eine Aufgabe, als sich der berüchtigte Graben zwischen Deutsch und Welsch auftat, die sie verdienstlich löste und lösen konnte, weil sie nichts anderes zu tun hatte, als die Tradition aufrechtzuerhalten und aufzufrischen, aber die neue Helvetische Gesellschaft versagte, wie die alte versagte, als es sich darum handelte, den schweizerischen Volks- und Staatsgedanken nach vorwärts zu treiben. Professor Ragaz' tapferes Buch »Die neue Schweiz« (schamrot denkt man heute daran, welch armselig in sich verkrampfte Mittelstandsbewegung sich diesen Buchtitel als Zeitungstitel zulegte) fachte damals die besten Elemente der Neuen Helvetischen Gesellschaft mächtig an, aber es blieb bei einem schönen Anlauf. Warum? Weil der schweizerische Volks- und Staatsgedanke, der (Faesi zitiert es) nach Gottfried Keller als lebendige Idee über unserem Lande schwebt, sobald er heute aufgegriffen wird, über die *bürgerliche* Welt- und Wirtschaftseinstellung mächtig hinausdrängt, weil — sprechen wir es doch offen aus — man heute nicht Schweizer sein kann, wenn man sich an den Begriff des freien und wilden Konkurrenzkampfes, an den Begriff des unkontrollierten, unbeschränkten Eigentums klammert, weil der schweizerische Volks- und Staatsgedanke heute unbedingt die Unterwerfung und Organisation der Wirtschaft und die absolute Bündnisbereitschaft mit jedem andern Volksstaat fordert, weil der »Nationalismus«, wie er von den Hitlerern und seinen Nachbetern in Helvetien gepredigt wird, im schärfsten geistigen Gegensatz zu unserer Tradition steht. Diesen Schritt über die bürgerliche Welt hinaus konnte weder die alte noch die neue Helvetische Gesellschaft tun. Diesen Schritt wird auch die von Faesi vorgeschlagene Akademie sehr wahrscheinlich nicht wagen, denn wie soll sie das, da sie ja nicht als Rettung der Schweiz schlechthin, sondern als Rettungsinstrument der bürgerlichen Welt dieses Landes gedacht ist.

Dennoch sollte man meines Erachtens den Vorschlag nicht ohne weiteres ablehnen. Wir, die wir den schweizerischen Sozialstaat anstreben, haben es vorerst nicht in der Hand, die Universitäten umzubauen; die von Faesi vorgeschlagene Akademie aber sieht einige Maßnahmen vor, die in unserer Richtung liegen. So will sie Männern oder Frauen, die in die Akademie gewählt werden (in den drei Abteilungen Volk und Staat, Wissenschaft, Künstler sollen es insgesamt 100 sein), eine *Werkprämie* aussetzen, das heißt, es sollen Wissenschaftler und Künstler ein Jahresgehalt erhalten, das sie in die Lage setzt, ohne Rücksicht auf Erwerb ihren Arbeiten obzuliegen. Damit hätte der bürgerliche Staat manifestiert, daß in dieser seiner Erwerbsgesellschaft dem finanziell Abhängigen die schöpferische Tätigkeit äußerst erschwert ist. Dieses Bekenntnis ist nicht zu unterschätzen. Zugleich wäre eine Bresche geschlagen für die Idee des sozialistischen Aufbaues auf kulturellem Gebiet. Endlich ist dargetan, daß der bürger-

liche Staat keine neue Institution schaffen kann, die nicht die Tendenz zum Sozialismus in sich trägt.

Auf eine Kritik der einzelnen Bestimmungen von Faesis Vorschlag einzugehen, erübrigt sich. Wir können das vorläufig ruhig den andern überlassen.

Was die Auszeichnung »Akademiker«, Angehöriger der hundert hervorragendsten Köpfe des Landes, anbetrifft, so ist sie nicht durchaus abzulehnen, weil hier eine Antriebsenergie geschaffen wird, die nicht, wie sonst überall in der bürgerlichen Welt, auf Besitz beruht. Unbefriedigend ist freilich, daß es sich hier um eine Standesauszeichnung handelt, denn solange die Universitäten dem breiten Volk verschlossen sind, werden die »Akademiker« sich nur oder zu 99 Prozent aus den bürgerlichen Klassen rekrutieren. Ebenso peinlich bleibt, daß zu den hervorragendsten Köpfen, den »Besten des Landes«, nur geistige Berufe zugelassen werden sollen. Endlich sind Leistungen von Arbeitern und Bauern, von Müttern und Krankenpflegerinnen, von Inhabern aller möglicher Berufe denkbar, die ebenso sehr im Interesse der Gesamtheit liegen wie diejenigen von Gelehrten und Künstlern und ebenso sehr eine Anerkennung und Auszeichnung (im Sinne der Mehrung jener Anspornenergie) verdienen. Aber da es eines der beliebtesten Motive der Verteidiger der kapitalistischen Weltanschauung ist, daß die Erwerbsgier die einzige Antriebskraft sei, die die Welt im Gange halte, so ist es ja hübsch, wenn sie sich selbst widerlegen.

Die Jugend der Fronten

Von Fritz Baumann, Aarau.

Nur mit Abscheu denken wir an das Barbarentum, das heute in Deutschland herrscht. Und doch erzählen uns Kenner der Verhältnisse, daß wertvolle Teile der sogenannten intellektuellen bürgerlichen Jugend begeistert der Fahne Hitlers folgen. Jenes Büchlein von Dobert: Ein Nazi entdeckt Frankreich, zeigt ausgezeichnet die Hingabe der jungen bürgerlichen Generation an die Hitlerbewegung. Es gibt aber auch eine Antwort auf die Frage: Wie ist diese Hingabe zu erklären? Aus der Sehnsucht nach besserer Zeit und dem grenzenlosen Mangel an politischer und wirtschaftlicher Schulung, der die Jugend auf die dümmsten und widerspruchsvollsten Schlagworte des Trommlers Hitler hereinfallen ließ.

Wenn wir die Jugend unserer schweizerischen Fronten zu gliedern suchen, so finden wir neben geltungsbedürftigen Lärmmachern und Strebern, die hier die schnellste Karriere zu machen hoffen, auch jene Kategorie junger Menschen, die in Deutschland in guten Treuen zu Hitler gestoßen ist: Aus reiner Sehnsucht nach einer bessern Gesellschaftsordnung sucht diese Jugend Anschluß bei den Fronten, die ihr saubere und radikale Lösungen aus der heutigen wirtschaftlichen und geistigen Not versprechen. Es wäre interessant, zu untersuchen, wie-